

## Aktuelles aus dem Landtag

KW 18

### Landesplanungsgesetz: Alarmsignale werden überhört

Rot-Grün hält weiterhin an seinem Vorhaben fest, die Ziele des Klimaschutzplans landesweit in den Regionalplänen festzuschreiben. Das wird die Investitionsstimmung im Land weiter ausbremsen.

Die Industrie in Nordrhein-Westfalen investiert seit Jahren unterdurchschnittlich: lediglich in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein ist die Investitionsquote geringer. Sinkende Investitionen gehen einher mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen: Nach einer aktuellen Studie des Arbeitgeberverbandes der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen wird die Branche bis 2021 knapp die Hälfte ihrer Produktion ins Ausland verlegt haben. 2011 fanden knapp Dreiviertel der Produktion noch im Inland statt. Von den Unternehmen der Branche werden zusätzliche Belastungen durch Regulierung als gravierende Investitionshemmnisse empfunden. Jedes dritte Unternehmen klagt über überzogene Klimaschutzvorschriften.

### Integrationsreport: Aufstieg durch Bildung

Zuwanderer, die bereits länger in Deutschland leben, dürfen nicht zur „verlorenen Generation“ werden, bei denen die Integration verpasst wird. Derzeit sind Zuwanderer in Deutschland geringer gebildet, seltener erwerbstätig und eher von Armut bedroht. Integration gelingt dort, wo das Bildungssystem und der Arbeitsmarkt stark sind. Deshalb müssen wir mehr in Bildung und Berufsbildung investieren und Aufstieg durch Bildung ermöglichen.

Das verdeutlichen der „Datenreport 2016“ des Statistischen Bundesamtes und das Gutachten "Integration durch Bildung. Migranten und Flüchtlinge in Deutschland" des Aktionsrates Bildung, die heute veröffentlicht wurden.

Die CDU-Fraktion hat in den vergangenen Monaten eine Vielzahl von Anträgen eingebracht, die darauf zielen, Integration durch Bildung im frühkindlichen Bereich und in der Schule zu verbessern und die duale Ausbildung zu stärken. Dabei müssen nicht nur die neu hinzugekommenen Flüchtlinge in den Blick genommen werden, sondern alle Zuwanderer. Eine einseitige Konzentration auf die Neuzugewanderten greift zu kurz.

### Flughafenerweiterung in Düsseldorf: Ministerpräsidentin muss Koalitionskrach beenden

Der Flughafen Düsseldorf ist ein sehr großer Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktor für die Region und ein wichtiges Drehkreuz für unser Land. Es gilt daher die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität dieses Flughafens dauerhaft zu erhalten. Wir können es uns nicht leisten, dass der Airport Düsseldorf hinter der internationalen Konkurrenz zurückbleibt und Fluggäste sowie Luftfracht in benachbarte Länder ausweichen.

Es gibt jedoch zweifellos auch Nachteile des Standorts Düsseldorf – gerade im Bereich Lärm und Emissionen. Deshalb ist zwischen den oben beschriebenen Vorteilen und den berechtigten Interessen der Anwohner ein bestmöglicher Ausgleich anzustreben. Daher erwarten wir vom Flughafenbetreiber Transparenz und Offenheit sowie stetige Verbesserungen zum Lärmschutz. Den berechtigten Interessen der Anwohner muss der Flughafenbetreiber unbedingt nachkommen. Der Abschluss des Planfeststellungsverfahrens muss abgewartet werden. Der Ball liegt jetzt im Feld der Landesregierung, die nach Recht und Gesetz über den Antrag des Flughafens entscheiden muss. Der offenkundige Streit in der rot-grünen Koalition muss ein Ende haben. Ministerpräsidentin Kraft muss jetzt handeln.